



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/205 - 5.9.1952

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 37654-59
Fernschreiber 039890

Schumacher im Jahrbuch der SPD 50/51	S. 1
Die USA-Einwanderungssituation von Prof. Dr. J. Danner, Grinnell (Iowa)	S. 4
Hamburger-Wahlkampfplan	S. 6
Linse und die Sowjets	S. 8

Das deutsche Volk braucht eine neue Bundesregierung

Dem soeben erschienenen Jahrbuch 1950/51 der SPD schickte Dr. Kurt Schumacher am 1. August d. J. ein Vorwort voraus, das sich äußerst kritisch mit der bisherigen Innen- und Außenpolitik der Bundesregierung auseinandersetzt. Im Nachfolgenden veröffentlichen wir einen Auszug davon:

"Die Aufgabe der deutschen Politik war, nach innen gesehen, die Verteilung der Lasten und Kosten der Hitlerdiktatur und des zweiten Weltkrieges nach der Tragfähigkeit der Schultern. Wir haben aber seit dem Zustandekommen der Bundesrepublik immer deutlicher gesehen, daß die Kreise, ohne die ein Hitler nie zur Macht gekommen wäre, es sind, die sich heute vor jedem eigenen Opfer für den Neubau Deutschlands und Europas drücken möchten. Die Massen sollen wieder für die Sünden des Großbesitzes zahlen.

Daß Deutschland überhaupt Leistungen des Neubaues hat zeigen können, beruht nicht auf der Politik und den Qualitäten der Bundesregierung und ihrer Parteien, sondern auf der Hilfe des Auslandes und auf dem Leistungswillen und der Unverzagtheit der arbeitenden Menschen, denen man nach 1945 mit allen Mitteln zu schmeicheln versucht hat und die man dann um das Ergebnis dieser Leistungen prellte.

Wieviel Lohnkämpfe sind in Deutschland deswegen unterblieben, weil die Massen bereit waren, ihre dringendsten Bedürfnisse zurückzustellen, damit das große Ziel der Arbeiter, die Mitbestimmung im Betrieb, verwirklicht wird?

Wie die Sozialdemokratie im einzelnen zu den Arbeitenden steht, das zeigt ihr neues Aktionsprogramm. Die Sozialdemokratie spricht und handelt in der Regierung genau wie in der Opposition, mißt mit denselben Maßstäben und läßt sich von denselben Ideen tragen.

In dem gleichen Deutschland, das stets darauf hinweist, das ärmste aller europäischen Länder zu sein, sind nach der Währungsreform die meisten neuen Millionenvermögen in Europa entstanden. Dieses selbe Deutschland hat sich den Luxus absolut freier Investierungspolitik geleistet, den nicht einmal die Vereinigten Staaten von Amerika für sich in Anspruch zu nehmen wagen. Es fehlen Ideen, Planung und Verantwortung.

Die Massen haben jedes Opfer gebracht, um die Sicherung und Festigung der wirtschaftlichen Grundlage und die Erhöhung des wirtschaftlichen Ertrages im Interesse der Allgemeinheit durchzusetzen. Die entsprechende Leistung der besitzenden Kreise, nämlich die Erhöhung der Lebenshaltung der gesamten Bevölkerung durch eine bessere und gerechtere Verteilung des Sozialprodukts, ist ausgeblieben. Es ist nicht die Volkswirtschaft in der Bundesrepublik, sondern die Vorherrschaft der Interessenten wiederaufgebaut worden. Nicht die volkswirtschaftlichen Bedürfnisse und sozialen Erfordernisse sind befriedigt worden, sondern das persönliche Gewinnstreben.

Die Position Deutschlands ist weder nach außen noch nach innen so geworden, wie sie hätte sein können, wenn alle von der gleichen Opferbereitschaft beseelt gewesen wären. Opfer erhalten ihren Sinn erst durch die Gemeinsamkeit des Opfers. Die Wirtschafts- und die Außenpolitik sind die beiden Gebiete, bei denen die schlechte nationale Gemeinschaftsmoral des deutschen Großbesitzes sich am deutlichsten gezeigt hat.

Die ganze Politik der Bundesregierung ist in nationaler und sozialer Hinsicht gerade so, wie die Kommunisten sie für ihre propagandistische Zersetzung der Bundesrepublik brauchen. Die Überwindung der kommunistischen und der rechtsradikalen Gefahren kann nicht mit den Mitteln der Polizei entscheidend geschehen, sondern nur durch eine richtige Politik, die so viel positive Leistungen in sich trägt, daß die totalitären Angriffswünsche keine Zielscheibe finden. Es fehlt in der Bundesrepublik die soziale Leistung und es fehlt die nationale Leistung. Das Gesetz, unter dem in der Bundesrepublik regiert wird, ist: Nicht begriffen, nicht gekommt und oft das Gute nicht einmal gewollt.

Das deutsche Volk kann eine solche Regierung, wie wir sie jetzt

haben, nicht noch einmal vier Jahre ertragen. Die sozial Schwachen und Hilfsbedürftigen brauchen eine Bundesregierung, die ihnen mit Taten hilfreich zur Seite steht und die nicht wie bisher als oberstes Gesetz ihres Handelns die Erhaltung der Substanz des Großbesitzes ansieht. Die arbeitenden Menschen brauchen eine Bundesregierung, die die Demokratie auch in der Wirtschaft verwirklicht. Der Kampf um die Mitbestimmung ist ja nicht in erster Linie unter sozialpolitischem Gesichtswinkel zu sehen. Der Kampf um die Mitbestimmung ist ein Kampf wie vor Jahrzehnten der Kampf um das allgemeine und gleiche Wahlrecht. Die Demokratie braucht ihre Verwirklichung auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens.

Das deutsche Volk braucht eine Bundesregierung, die das Schicksal der Nation über das Wohlergehen der eigenen Klasse und Clique stellt. Das deutsche Volk kann keine Bundesregierung dulden, die sogar das letzte, was wir haben, das menschliche Leben und die Verfügung darüber, freiwillig den Alliierten anbietet, wie es die Bundesregierung in ihrer Note an die New Yorker Außenministerkonferenz im September 1950 getan hat und die, solange sie keine Wehrmacht hat, mit paramilitärischen Organisationen zu arbeiten versucht.

Die deutsche Demokratie braucht eine Bundesregierung, die die Demokratie betreibt und nicht die Kritik als Ausfluß von Schlechtigkeit und Börsartigkeit zu verdächtigen versucht. Die Bundesregierung und ihre Parteien haben nach ihrer Praxis überhaupt kein inneres Verhältnis zur parlamentarischen Demokratie. Sie verstehen die Rolle der Opposition nicht und wollen sie auch gar nicht verstehen, sondern halten jeden für einen Böswilligen, der an der Unfehlbarkeit der Bundesregierung zweifelt.

Das deutsche Volk braucht eine Bundesregierung, die den festen unverrückbaren Willen hat, die soziale Gerechtigkeit zum Fundament des Staates zu machen und die tatsächliche Gleichberechtigung Deutschlands zur Grundlage jeder Form der internationalen Zusammenarbeit zu machen.

Das deutsche Volk in allen seinen Schichten braucht eine Bundesregierung, die die Wiedervereinigung Deutschlands zum obersten Gesetz ihres praktischen Handelns macht. Heute hat es eine Bundesregierung, die die Integration eines Teils von Deutschland mit gewissen Mächten für wichtiger hält als die deutsche Einheit.

Um das alles geht es. Es geht also tatsächlich um alles, was den Menschen und unserm Volk das Leben erst lebenswert macht. Das oberste Gesetz ist eine andere Politik nach innen und außen. Das ist nur möglich durch eine andere Mehrheit im Bundestag und eine andere Bundesregierung. Zu diesem Kampf ruft die Sozialdemokratie das ganze deutsche Volk auf."

Welche Chance hat der USA-Einwanderer ?

Von Dr. Joseph Dunner, Professor der Staatswissenschaften am Grinnell College, Grinnell, Iowa

Während das Schiff sich Staten Island nähert und die Schattenrisse der New Yorker Wolkenkratzer aus der grauen Nebelmasse über dem Hafen dringen, versammeln sich die Passagiere im Lesesaal. Bevor die Einwanderungsbeamten ihre Stempel unter das Einreise-Visum gedrückt haben, ist ans Landen nicht zu denken. Amerikanische Staatsbürger haben jetzt den Vortritt, dann kommen die Touristen an die Reihe. Als letzte steigen die Einwanderer die Planke herunter, um in der riesigen Empfangshalle ihr bereits dort aufgestapeltes Gepäck vor den Zollbeamten zu öffnen. Schon auf dem Schiff - bei Ansicht des imposanten Hafens - haben wohlmeinende Amerikaner an sie die Frage gerichtet, die sie immer wieder - neugierig und ernst gestellt - zu hören bekommen: "How do you like America?" ('Wie gefällt Dir unser Land?') Eine ehrliche Antwort läßt sich aber oftmals erst nach Jahren geben.

Die Einwanderer sind zumeist Menschen, die Arbeit und ein neues Heim suchen. Die schwierigen Einreisebedingungen, das Ausfüllen der vielen Papiere - und in den USA gibt es Bürokratie oder, wie man es dort nennt, "red tape" - sind überstanden. Nun heißt es "Keep smiling" ('Lächle!') Diese Forderung ist nicht nur aus gesellschaftlicher Glätte geboren. Wer nicht leicht aufbraust, wer versucht, lächelnd durchs Leben zu gehen, hat auch zumeist Erfolg.

Es hat wenig Sinn, alles besser wissen zu wollen. "Bei uns zu Hause" war man in mancher Hinsicht vielleicht genauer, sauberer, pünktlicher. Aber hier, wo es zum guten Ton gehört, sich einen Arbeiter, oder Farmer oder Mittelständler zu nennen, wo die Wohlhabenden gern am Bau ihrer Wohnhäuser mitarbeiten, den Garten bestellen, den Wagen chauffieren, waschen und instand halten, wo man - wenn es irgend geht - seine Koffer selber trägt, hier macht es keinen oder nur einen negativen Eindruck, wenn man über seine ruhmreiche Vergangenheit und die Bequemlichkeiten früherer Tage spricht.

Jeder darf arbeiten

Jeder Einwanderer darf arbeiten. Seiner Arbeit, seinem Können sind keinerlei Schranken geboten - mit Ausnahme einiger besonderer Posten in der Rüstungsindustrie und in den staatlichen Behörden, die nur an Staatsbürger vergeben werden. Die neue Welt verlangt sehr viel Initiative. Sie überläßt es dem Einwanderer selbst, wie und wo er sich eingliedern will. Manche der etwa 10000 deutschen Einwanderer, die in den letzten zwei Jahren ins Land gekommen sind, klagen über unzureichende Beratung und Aufklärung. Manche übersehen die Tatsache, daß Amerikaner gewöhnt sind, Berufe je nach Konjunktur zu wechseln, daß der Pastor von heute durchaus der Seifenfabrikant oder Munitionsarbeiter von morgen sein kann. Manchen macht gerade der Gedanke Sorge, daß man ihnen gesagt hat: "Mit Ihrer Ausbildung bieten sich in Memphis, Tennessee, Des Moines, Iowa, Oakland, California gleich gute Möglichkeiten". Wahrscheinlich wäre

es ihnen lieber gewesen zu hören: "Bleiben Sie in New York. Da wohnen schon viele andere Deutsche. Das ist die einzige Stadt, in der Sie es zu etwas bringen können".

Wer englisch spricht, dem steht ein Riesenkontinent offen. Wer die Sprache erst erlernen muß, geht am besten in eine der unentgeltlichen Abendschulen, die den High Schools angeschlossen sind. High Schools sind übrigens mit den Mittel- und Oberklassen der deutschen Gymnasien, Oberrealschulen und Lyzeen zu vergleichen.

Akademiker haben es schwerer

Der Amerikaner ist im allgemeinen hilfsbereit. Bei Versprechungen heißt es jedoch sehr vorsichtig sein. Oft sind sie bereits am nächsten Tag vergessen. Am weitesten kommt im allgemeinen, wer bereit ist, New York nur als Durchgangsstation zu benutzen und sich in dem noch relativ unbevölkerten Mittelwesten zwischen Chicago und Denver niederzulassen. Hier werden besonders Landwirte gesucht. Bauarbeiter verdienen im ganzen Lande 70 bis 100 Dollar die Woche. Ein guter Bäcker verdient ebenso viel. Ärzte haben es schwer, es sei denn, daß sie bereit sind, ihr Staatsexamen nachzumachen, durch eine mindestens 18monatige Praktikantenzeit in amerikanischen Spitälern und dann in einen kleineren Ort zu gehen. Juristen tun gut, umzusatteln, da sie ihre deutsche Vorbildung nur im Universitätsbetrieb oder als Vertreter deutscher Firmen benutzen können. Allgemein gesprochen verdient der arbeitende Mensch - ob es sich um ein Dienstmädchen oder einen Chemiker handelt - mindestens 80 cents pro Arbeitsstunde.

Um sich ein Bild von der Kaufkraft des Dollars zu machen, muß man wissen, daß Wohnungen in den USA sehr viel teurer als in Europa sind. Ein Zimmer mit Küche- und Bad-Benutzung kostet mindestens 10 Dollar die Woche; eine bescheidene Zwei-Zimmerwohnung mit Küche und Bad kostet etwa 60 Dollar im Monat. Kleidung ist eher billiger, aber qualitativ schlechter als in Deutschland. Für einen Liter Vollmilch in M ungerechnet zahlt man 15 Pfennig oder 18 amerikanische cents, also ein Viertel des Arbeitslohnes einer Arbeitsstunde. Ein Straßenbahnbillet kostet 40 Pfg., ein Pfund Brot, je nach Qualität, 60-90 Pfg. Ein gutes Restaurantessen mit einem Glas Bier oder Wein kommt auf 2,50 Dollar, also etwas über zehn D-Mark.

Die Steuern sind niedriger als in der Bundesrepublik. Der Einwanderer ist nach vier Jahren meist so weit, sich ein Auto zuzulegen, nach fünf bis sechs Jahren zahlt er die ersten 3000 Dollar auf ein Häuschen an, das er sofort bewohnen kann und das ihm nach 15 bis 20 Jahren ganz gehört. Wenn er tüchtig und fleißig ist, kann er es in Amerika, materiell gesehen, weiter bringen als in der alten Welt. Aber - und das muß betont werden - auch in den USA liegt das Geld nicht auf der Straße.

+ + +

Ein feiner "Hanseat" ...

Von unserem W-Mitarbeiter in Hamburg

Während bisher in Hamburg, in dessen 104 Abgeordnete zählender Bürgerschaft die SPD die absolute Mehrheit besitzt, die parteipolitischen Unterschiede einigermaßen ausgeglichen waren, hat die CDU jetzt den praktisch bisher bestehenden Burgfrieden gekündigt und Kampfstellung für die Bundestagswahlen im nächsten Jahr bezogen. Noch kurz vor den Parlamentsferien konnte in einem feierlichen Akt die neue Verfassung der Freien und Hansestadt einstimmig (die drei Stimmen der Kommunisten zählen hierbei nicht) angenommen werden, weil jede Fraktion ihre Vorbehalte im Interesse des Ganzen zurückstellte.

Nunmehr ließ die ^{CDU} in einer Riesen-Auflage eine Art Zeitung an alle Haushalte der Stadt verteilen, in der sie mit bemerkenswerter Schärfe die bisherige sozialdemokratische Arbeit im Senat und in der Bürgerschaft angreift. In der Wahl ihrer gehässigen Methoden erinnert "Der Hanseat" an die unrühmlichen Machenschaften der Nazis vor der Machtergreifung. Unabwendbare und oft sehr schmerzliche Tatsachen, mit denen sich jede Regierung in einer so völlig zerstörten Stadt nun einmal auseinandersetzen muß, werden unter völliger Verdrehung der Gegebenheiten und absichtlicher Verkennung der Möglichkeiten so gehässig ausgeschlachtet, daß der seufzende Steuerzahler nur allzu leicht sturmreif gemacht werden kann. So wird z.B. die Tarifpolitik der Hochbahn, wie es übrigens immer geschah, als "völlig unsozial" kritisiert, weil sie naturgemäß einen Eingriff in die Lohntüte der Berufsfahrer bedeuten muß. Dabei spielt auch wieder das Verwaltungsgebäude, das kürzlich sehr praktisch-sachlich erstellt werden mußte, die sattnam bekannte Rolle eines Luxusbaues, der die Groschen der armen Fahrgäste verschlungen habe. So etwas ist nicht gerade originell, verspricht aber immer wieder eine gewisse Wirkung.

Natürlich müssen auch wieder die Verantwortlichen für das Schulwesen herhalten. Dabei wird nicht an Lob gespart für die Hamburger Schulen von früher, obwohl heute im wesentlichen dieselben Schulmänner den schwierigen Neuaufbau in Händen haben ! Unter Leugnung der materiellen Schwierigkeiten wird den "Schulmarxisten" der Vorwurf

gemacht, daß sie viel zu wenig Schulhäuser wiederaufgebaut hätten und daß von dem "bombastischen Schulprogramm der Sozialisten" per saldo nur der Name übrig geblieben sei. Von der Lehr- und Lernmittelfreiheit sei kaum etwas zu merken. "Heute werden unsere Kinder von ihren Lehrern angehalten, an Industriewerke Bittelbriefe für die Überlassung von einigen Farbtöpfen zu schreiben".

Die Arbeitslosigkeit in Hamburg, die über dem Durchschnitt des Bundes liegt, wird aus der Perspektive des kleinen Moritz behandelt. Obwohl sie in dieser Weltstadt aus strukturellen Gründen völlig anders bedingt ist als im Bunde und dessen passives Verhalten bei dem Wiederaufbau des Hafens wohlweislich verschwiegen wird, macht "Der Hanseat" die primitive Rechnung auf: In Hamburg ist die Arbeitslosigkeit im Durchschnitt größer als im Bund. Also ist bewiesen, daß die sozialistische Regierung schlechter ist als die Bundesregierung...

Auf der Titelseite der zweiten Nummer des Hanseaten sieht man einen ansprechenden Mercedes, dem eine durch Retusche getarnte Dame entsteigt. Natürlich ist es ein Senats-Dienstwagen, der angeblich vormittags vor einem Café der Innenstadt parkte. Kurz darauf habe er seine "Dienstfahrt" fortgesetzt, "auf Ihre Kosten, lieber Steuerzahler!"

Wenn nicht alles trügt, sind wir von einem fairen Wahlkampf weiter denn je entfernt. Bleibt nur noch die Frage, wer diesen gehässigen Wahlkampf eigentlich finanziert. "Der Hanseat" berichtet nicht ohne Stolz, daß er allein für die Verteilung der ersten Nummer nicht weniger als 17.250,- M an die Bundespost gezahlt habe ! Mit Druck und Papier dürften also die Unkosten mit 50000,- M nicht zu niedrig geschätzt sein. - Ärgerlich, wenn man dann bei einem Bücklingshändler ganze Stapel des kostbaren Aufklärungsmaterials als Einwickelpapier wiederfindet !

Nachrichten aus der SBZ (Sowjetische Besatzungszone)Linse und die Sowjets

Nach beim Ostbüro der SPD vorliegenden Informationen fand die erste Vernehmung Dr. Linses vor einer siebenköpfigen Vernehmungskommission statt, an der neben Vertretern des Staatssicherheitsministeriums fünf sowjetische Vertreter teilnahmen, darunter der sowjetische Verbindungsoffizier zum Ministerium für Staatssicherheit, Oberst P o m e r o s k, und Hauptmann M e r w i n. Die Vernehmung, die gegen 18 Uhr begann, wurde erst am nächsten Morgen gegen 9 Uhr beendet. Gegen Nachmittag wurde dann Linse in einer BMW-Limousine abtransportiert, die ein sowjetisches Nummernschild trug. Alle Akten über Linse mußten vom Staatssicherheitsdienst dem MVD ausgeliefert werden, der den Fall Linse an sich gezogen hat. - Damit wird die sowjetamtliche Behauptung, die Sowjets hätten mit der Entführung des Westberliner Rechtsanwaltes nichts zu tun, schlagend widerlegt.

x

Zonengrenzkontrolle

Die zuständigen Stellen der SED sind in letzter Zeit wiederholt von den Sowjets wegen ungeschickter Durchführung der Maßnahmen zur Errichtung der "Volksdemokratie" gerügt worden. Die Sowjets waren insbesondere unzufrieden über die Unruhe, die die Zwangsumsiedlungen aus den Sperrgebieten an der Zonengrenze ausgelöst haben. Die SKK (Sowjetische Kontrollkommission) läßt sich täglich von den Sowjetzonenbehörden über die Zahl der Flüchtlinge nach Berlin berichten und macht die SED für die "mangelhafte Kontrolle" an den Zonengrenzen verantwortlich.

x

Drei-Schichtensystem in der Textilwirtschaft

Die Textilwirtschaft in der Sowjetzone ist bei Erfüllung des Planes für 1952 in Rückstand geraten. Dafür sind drei Gründe maßgeblich: Die laufenden Stromabschaltungen, der erhöhte Krankenstand und der Rohstoffmangel. Die Stromabschaltungen haben dazu geführt, daß die durchschnittliche Arbeitszeit auch in den Schwerpunktbetrieben der Textilindustrie bei 35 Wochenstunden liegt. Um diese Auswirkungen auszugleichen, sind die Textilbetriebe zum Drei-Schichtensystem übergegangen, um den Nachtstrom ausnutzen zu können. Dieses Drei-Schichtensystem hat infolge der schlechten Versorgungslage und der erschwerten Arbeitsbedingungen ein Ansteigen der Krankenziffern zur Folge gehabt. Während der Krankenstand bisher zwischen sechs bis acht Prozent lag, lauten die neuesten Krankenziffern für die volkseigenen Spinnereibetriebe in den Sommermonaten auf zehn bis 14 Prozent.

x

Politische Handelsverbindungen

Anfang Juli 1952 wurde in Ostberlin die "Deutsche Handels GmbH" gegründet. Die Leitung dieser Gesellschaft, die der "Deutschen Warenvertriebsgesellschaft" unterstellt ist, liegt in Händen von Otto Krantz und Willi Kling, dem bisherigen Sekretär Franz Dahlems. Die Aufgabe dieser neuen Gesellschaft ist, neue Handelsverbindungen nach Westdeutschland anzuknüpfen und diese Verbindungen für politische Zwecke auszunutzen. Über die "Deutsche Handels GmbH" sollen außerdem in verstärktem Maße wirtschaftliche und rüstungswirtschaftliche Nachrichten gesammelt werden. Die Angestellten der Berliner Zentralstelle dieser Firma sind ausschließlich Kommunisten, die in der SED höhere Funktionen haben und besonders ausgewählt wurden.

 Verantwortlich: Peter Raunau